



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Nein zum EZB-Klimafaktor – Schutz der bayerischen Wirtschaft und Rückkehr zur Preisstabilität

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt an, dass die Einführung eines Klimafaktors im eklatanten Widerspruch zum Mandat der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Gewährleistung der Preisstabilität gemäß Artikel 127 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) steht, da diese Maßnahme Kapital in nichtproduktive Sektoren lenkt, was zu einer relativen Ausweitung der Geldmenge ohne realen Gegenwert und damit zu einer Gefährdung der Preisstabilität führt.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die EZB ihr Kernmandat – die Sicherstellung der Preisstabilität – uneingeschränkt erfüllt und auf die Einführung eines sogenannten Klimafaktors bei Refinanzierungsgeschäften verzichtet.

Begründung:

Ende Juli 2025 kündigte die EZB an, ab der zweiten Jahreshälfte 2026 einen sogenannten Klimafaktor bei Refinanzierungsgeschäften einzuführen. Dieser Faktor soll Sicherheiten wie Unternehmensanleihen und marktfähige Vermögenswerte abwerten, wenn diese vermeintlichen „Klimarisiken“ ausgesetzt sind. Zwei Risikotypen werden berücksichtigt: extreme Wetterereignisse sowie „Übergangsrisiken auf dem Weg zur Klimaneutralität“ (Apollo News, 2025). Banken, die solche Sicherheiten halten, erhalten dadurch weniger Zentralbankliquidität, was zu höheren Refinanzierungskosten und erhöhtem Aufwand bei Portfolioanpassungen führt.

Kritisch ist, dass diese Maßnahme nicht nach wirtschaftlichen Kriterien, sondern nach ideologischen Vorgaben der linksradikalen Klimaagenda erfolgt. Kapital wird in „klimafreundliche“ Sektoren gelenkt, unabhängig von Rentabilität, Produktivität oder Sicherheit. Besonders bayerische Unternehmen und Banken sind betroffen, da viele energieintensive Traditionsindustrien wie Maschinenbau, Chemie und Pharma auf Kredite angewiesen sind. Die künstliche Umlenkung des Kapitals erzeugt Fehlallokationen, die langfristig Wohlstand zerstören und die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns gefährden.

Die Fehlallokation wirkt sich direkt auf Geldmenge und Preisstabilität aus: Kapital, das in unproduktive, konsumtive Bereiche fließt – etwa überdimensionierte Beratungs- und Zertifizierungsdienstleistungen, ESG-Beratung oder Subventionsprojekte für Erneuerbare Energien – schafft keinen realen Gegenwert. Das Geld zirkuliert zwar, erzeugt aber keine produktive Wertschöpfung. Relativ betrachtet erhöht dies die verfügbare Geldmenge ohne Mehrwert, was Inflation nach sich zieht (Eucken Institut, 2020).

Die Beratungsbranche in Deutschland, einschließlich ESG- und Nachhaltigkeitsberatung (ESG = Environmental, Social und Governance), hat sich von einem Umsatz von 39,3 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf 48,7 Mrd. Euro im Jahr 2024 ausgedehnt, mit einer

prognostizierten Steigerung auf 51,8 Mrd. Euro im Jahr 2025, was ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 4 bis 6 Prozent widerspiegelt und durch regulatorische Anforderungen wie die CSRD (CSRD = Corporate Sustainability Reporting Device (Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen)) getrieben wird, die die Zahl der ESG-berichtspflichtigen Unternehmen von aktuell rund 500 auf etwa 15 000 bis 2029 erhöht (BDU, 2025 ; Zero, 2025).

Beispiele wie die BayWa AG illustrieren die Folgen: Durch massive Fehlinvestitionen in den hochsubventionierten Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden im Geschäftsjahr 2024 Verluste von rund 1,6 Mrd. Euro. Das Unternehmen stand kurz einer möglichen Insolvenz. Die Bedrohung konnte nur durch massive Entlassungen von 1 300 Arbeitsplätzen und den Verkauf zahlreicher Tochterfirmen und Unternehmensbereiche abgewendet werden (PNP, 2025). Diese Entwicklung zeigt exemplarisch, welche Risiken durch die Fokussierung auf grüne Investitionen, ESG-Aufwertungen und den geplanten Klimafaktor entstehen und welche realen Probleme dadurch für Investitionen, wirtschaftliche Stabilität und die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere bayerischer Unternehmen verursacht werden.

Internationale Erfahrungen und statistische Daten zeigen, dass der Klimawandel wirtschaftlich handhabbar ist, ohne ideologische Eingriffe. So dokumentiert die Münchner Rückversicherung (Munich RE), dass wetterbedingte Schäden im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 1980 von 0,31 Prozent auf 0,21 Prozent im Jahr 2024 preisbereinigt gesunken sind (Munich Re, 1980, 2025). Die Wirtschaft hat sich durch kluge Planung und Risikomanagement angepasst, ohne dass geldpolitische Eingriffe nötig waren.

Auch der internationale Finanzmarkt distanziert sich zunehmend vom Klimanarrativ. Unter Präsident Donald Trump stiegen die USA zum zweiten Mal aus dem Pariser Klimaabkommen aus, und große Banken wie BlackRock, JPMorgan Chase, Citigroup, Bank of America, Goldman Sachs und Wells Fargo zogen sich aus Klimainitiativen wie NZAMI (Net Zero Asset Manager Initiative) und NZBA (Net-Zero Banking Alliance) zurück. Die Federal Reserve verließ das NGFS, und Munich Re beendete ihre Mitgliedschaften in NZAOA (Net-Zero Asset Owner Alliance), NZAM (Net Zero Asset Managers Initiative), CA100+ (CA = Klima Action) und IIGCC (Institutional Investors Group on Climate Change) (Handelsblatt, 2025). Diese Entwicklungen zeigen, dass die einseitige ESG- und Klimapolitik international infrage gestellt wird, während die EU und die EZB weiterhin auf linksradikalen Umbau setzen.

Vor diesem Hintergrund ist die Einführung eines Klimafaktors bei Refinanzierungsgeschäften weder notwendig noch wirtschaftlich sinnvoll. Sie gefährdet gezielt die Preisstabilität, vergrößert die Kosten und Risiken für bayerische Unternehmen und zwingt Kapital in ineffiziente, von grünen Lobbys definierte Sektoren.